

# Viel Wind um Pläne in Lichtenau

*Anträge an Bauausschuss verwiesen*

VON ANDREAS GÖTTE

■ **Lichtenau.** Gleich vier Anträge der Bündnis-Grünen, der SPD und der CDU bezüglich der Ausweisung von Windkonzentrationszonen wurden in der Ratssitzung an den Bauausschuss verwiesen.

Die Bündnis-Grünen wollen die westlich von Lichtenau vorgesehene Windvorrangzone in zwei einzelne Vorrangzonen aufteilen, um eine „Sichtschneise“ für die Bewohner der Kernstadt zu gewährleisten. Als Ausgleich des Flächenverlustes sollen die östlich der Bundesstraße 68 und östlich der Husener Straße bisher nicht berücksichtigten Potenzialflächen den beiden neuen Konzentrationsflächen Nordwest und Südwest zugeschlagen werden.

Die Sozialdemokraten fordern eine Überprüfung und Darstellung der Radien zu Windenergieanlagen von bisher 1.000 auf 1.200 beziehungsweise 1.500 Metern. Darüber hinaus sollen mindestens drei geplante Erweiterungsflächen in der Nähe von Herbram, Iggenhausen und Ebbinghausen herausgenommen oder zumindest verkleinert werden.

Auch die CDU möchte die Abstandsflächen auf bis zu 1.500 Meter vergrößern. Auch möch-

ten die Christdemokraten den Nichteinbezug von Teilbereichen von geplanten Windkonzentrationszonen überprüfen lassen. Dazu zählt der westliche „Wurmfortsatz“ in der Windvorrangzone Hassel und die nördliche Erweiterungsfläche der bisherigen Windvorrangzone Asseln. Zudem fordert die Ortsunion Grundsteinheim, das geplante Windvorranggebiet südwestlich von Lichtenau noch mal zu überprüfen. Sie befürchtet nach der Realisierung einen dann „nicht mehr lebenswerten Ort“.

Bauplanungsrechtlich befindet sich die Stadt in der frühzeitigen Bürgerbeteiligung. Alle Anträge würden nach dem Baugesetzbuch behandelt, verspricht Bürgermeister Dieter Merschjohann. Träger öffentlicher Belange hätten noch eine Frist bis zum 31. Januar 2014. Nach Gesprächen mit den Bürger-Initiativen und den Investoren sieht sich Merschjohann „auf einem guten Weg“. Für Herbram zeichne sich ein Kompromiss ab. „Wir müssen nicht jede Anlage im Außenbereich zulassen, aber wir werden auch nicht alle wegbekommen“, erklärte der Bürgermeister. Für ihn liegt das ganze Übel in der Privilegierung. Ziel müsse ein rechtssicherer Flächennutzungsplan sein.